

Stadtratsmitglied Udo Feldinger,
SPD-Fraktion

Würzburg, 12. Januar 2015

An den
Oberbürgermeister der Stadt Würzburg
Herrn Christian Schuchardt
Rückermannstraße 2



97070 Würzburg

Antrag Erarbeiten von Alternativen anstelle der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich beantrage – auch namens der SPD-Stadtratsfraktion –, der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ggfs. auch über den bayerischen Städtetag, möglichst bayernweite Alternativlösungen anstelle der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu fordern und eine anderweitige Finanzierung, die die Städte und Gemeinden nicht zusätzlich belastet, erarbeiten zu lassen.

Begründung:

40 % der bayerischen Kommunen haben keine Straßenausbaubeitragssatzung. Die immer weiter ansteigenden Preise bei den Straßenbaukosten verursachen bei den Anliegern immer mehr Widerstand. Die nunmehr bei einigen Städten und Gemeinden stattgefundenen Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung bzw. deren Nichtanwendung führt zu einem (weiteren) Ungleichgewicht im Wettbewerb, da auch Firmen von Beiträgen betroffen sind. Städtebaulich führt die aktuelle Straßenbaufinanzierung in die Sackgasse, da durch den Protest der Anwohner politisch nur noch ein Mindestmaß gemäß den geltenden Richtlinien für den Straßenbau durchgesetzt werden kann. Beispielsweise stehen dadurch Maßnahmen zur (zusätzlichen) Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung oder andere Maßnahmen, die für das Mikroklima förderlich sind, zur Debatte.

Mit kollegialen Grüßen

Udo Feldinger

Udo Feldinger und die SPD-Stadtratsfraktion